Neues 10-Punkte-Programm der LINKEN LISTE

Auf einer Vollversammlung hat die LINKE LISTE ihr bisheriges 10-Punkte-Programm aktualisiert und beschlossen. In zehn Themenbereichen zeigen wir auf, wie Nürnberg als soziale Stadt aussehen könnte. Mehr soziale Gerechtigkeit ist Programm und Grundlage für das soziale Engagement des Bündnisses LINKE LISTE.

Wir wollen keine Wahlversprechen abgeben, sondern kontinuierlich an unseren Zielen arbeiten. Daher unterstützen und motivieren wir auch die Menschen, die sich selbst engagieren, z. B. in Bürgerinitiativen.

Gerne senden wir Ihnen unser 10-Punkte-Programm zu oder demnächst auch online: www.linke-liste-nürnberg.de

Für diese 10 Punkte steht die LINKE LISTE:

1. Soziale Gerechtigkeit
2. Nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik
3. Kommunale und soziale Wohnungspolitik
4. Stadt des Friedens und der Menschenrechte
5. Kostenlose Bildung und Betreuung für alle
6. Gute Arbeitsplätze und gutes Einkommen
7. Gleichberechtigung
8. Kultur für alle
9. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung
10. Sozialer Haushalt

Die Präambel aus dem 10-Punkte-Programm:

Die LINKE LISTE Nürnberg – Ihre soziale Kraft im Rathaus!
Die LINKE LISTE Nürnberg steht für eine soziale Kommunalpolitik in einem lebenswerten Nürnberg. Sie ist ein Wahlbündnis von Organisationen und Einzelpersonen, die mit ihren kommunalpolitischen Vorstellungen und Forderungen dazu angetreten sind, Nürnberg zu einer sozialen Stadt für alle hier lebenden Menschen zu gestalten.

Seit der Kommunalwahl 2008 hat die LINKE LISTE drei Sitze im Nürnberger Stadtrat. Dies hat sich für viele Nürnberger*innen gelohnt. Wir kennen nicht nur die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen gut, wir greifen sie auf und setzen sie im und außerhalb vom Stadtrat immer wieder auf die Tagesordnung.

Die LINKE LISTE hat viele Anliegen und Forderungen durch Anträge in den Stadtrat eingebracht und Einiges durchgesetzt. Dabei arbeiten wir eng mit Bürgerinitiativen und außerparlamentarischen Gruppen zusammen. Die größten Erfolge hat die LINKE LISTE erreicht, wenn Forderungen von möglichst vielen Menschen und mit öffentlichen Aktionen begleitet und unterstützt wurden.

Die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und die Verzahnung von außerparlamentarischem Engagement und parlamentarischer Stadtratsarbeit ist der Schüssel für unseren Erfolg. Die LINKE LISTE versteht sich als Sprachrohr ins Rathaus für Bürgerinitiativen und Gruppen mit kommunalpolitischen Forderungen.

Die LINKE LISTE Nürnberg setzt sich dafür ein:

1. Wir lehnen jegliche Abwälzung der Lasten auf die Mehrheit der Nürnberger Bürger*innen durch Gebührenerhöhungen und Preissteigerungen ab, egal ob im öffentlichen Nahverkehr oder im Freizeit- und Kulturbereich.
2. Wir treten entschieden gegen jeglichen Sozialabbau ein. Mit uns sind weitere Kürzungen oder Schließungen im sozialen und kulturellen Bereich nicht zu machen.
3. Wir setzen uns für kostenlose Bildung und Betreuung ein. Viel zu sehr sind Bildungschancen in unserer Gesellschaft abhängig von Herkunft und dem Geldbeutel.
4. Wir stimmen gegen die Gewinnorientierung in den Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Pflege, Betreuung, Wohnen und Mobilität.
5. Wir sind aktiv gegen prekäre Beschäftigungen wie Befristungen, Zeitarbeit oder Mindestlohn. Die Stadt als größte Arbeitgeberin muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.
6. Wir stimmen keiner Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu. Das betrifft auch das Modell ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft). Wer öffentliches Eigentum verkauft oder es in Hände von Spekulanten legt, enteignet die Bevölkerung.
7. Es ist für uns selbstverständlich, gegen jede Art von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Kriminalisierung von demokratischem, politischem Engagement aufzutreten.
8. Wir stellen weiterhin einen Teil der Aufwandsentschädigung für die Stadtratsmandate einem Sozialfonds zur Verfügung, der in Not geratenen Menschen sowie sozialen und politischen Initiativen hilft.
9. Wir sind Opposition im Rathaus und setzen uns für Transparenz und wirkliche Bürgerbeteiligung ein. Undurchsichtige Politik und Parteienfilz lehnen wir ab und nennen sie beim Namen.

LINKE LISTE Nürnberg
Forsthofstraße 36
90461 Nürnberg
Telefon: 0911 2 87 60 13
buero@linke-liste-nuernberg.de
linke-liste-nürnberg.de

Spendenkonto
LINKE LISTE Nürnberg,
IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
BIC: SSKNDE77XXX
Stichwort: Spende

ViSdP: StR Marion Padua, LINKE LISTE, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg

LINKE LISTE Nürnberg

Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Ausgabe
Oktober 2019

Ist das Klima noch zu retten?
Hunderte Kinder ohne KiTa-Platz!
Sozialfond der LINKEN LISTE
Rund ums Rathaus
Neues 10-Punkte-Programm der LINKEN LISTE

Ist das Klima noch zu retten?

Die LINKE LISTE fordert als wichtigste Maßnahme eine Wende hin zu einer ökologischen und sozialen Verkehrspolitik. Das Ziel ist eine Reduzierung des Autoverkehrs durch den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zum Nulltarif.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen der Menschheit, vor allem der künftigen Generationen. Deutschland hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens auf Ziele zur Reduktion des CO^2-Ausstoßes verpflichtet. Nun hat sich die Koalition in Berlin auf ein 50 Milliarden Euro schweres Gesetzespaket zum Klimaschutz geeinigt. Umweltverbände zeigen sich davon enttäuscht. Damit werden die Klimaziele nicht erreicht. Einer der Beschlüsse ist die Bepreisung des klimaschädlichen CO^2. Deswegen könnte nach Schätzung von Fachleuten der Preis für Diesel um neun Cent pro Liter steigen. Dafür wird die Pendlerpauschale für Steuerzahler*innen leicht erhöht. Die Bahnfahrkarten werden günstiger, indem die Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent gesenkt wird, gleichzeitig wird das Fliegen teurer, indem die Luftverkehrssteuer zum 1. Januar 2020 angehoben wird.

*Rund 8000 Unterstützer*innen beteiligten sich am 20.09.2019 in Nürnberg beim Klimastreik.*

Stadträtin und OB-Kandidatin Marion Padua beim Klimastreik Nürnberg

Die LINKE LISTE kritisiert, dass die Kosten mal wieder am meisten die Arbeitnehmer*innen durch die Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas trifft. Eine Wohnung zu beheizen ist bereits jetzt schon für viele ein Problem. Die angekündigte Senkung der Strompreise kommt vor allem den Konzernen zugute. Damit werden die größten Umweltsünder belohnt. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets gilt nur für den Fernverkehr, wichtig wäre jedoch der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs. Das Gesetzespaket ist sozial völlig unausgewogen.

WEITER AUF SEITE 2

Hunderte Kinder ohne KiTa-Platz!

Was sollen berufstätige Eltern tun, wenn sie keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden? Diese Frage kann das unter SPD-Regie geführte Jugendamt nicht beantworten. Ca. 50 Eltern finden keinen Krippenplatz (bis 3 Jahre), 118 Eltern suchen vergeblich einen Kindergartenplatz (3 bis 6 Jahre) und 150 Grundschulkinder bekamen keinen Hortplatz. Es besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nach dem ersten Lebensjahr bis zur Einschulung. Die Kosten einer Klage kann man sich von der Kommune erstatten lassen.

Die LINKE LISTE fordert einen zügigen Ausbau von Kitaplätzen für alle Altersgruppen. Die Betreuung von Kindern muss gebührenfrei sein, damit es sozial gerecht ist.

Photo by seabass creatives on Unsplash

DLL_Stadtratnews_1909_AK2.indd 1-2
26.09.19 20:28

Fortsetzung: Ist das Klima noch zu retten?

Klimafahrplan für Nürnberg

Analog zum Klimaschutzziel der Bundesregierung wurde von der Stadt Nürnberg für das Jahr 2020 eine CO^2-Minderung im Vergleich zu 1990 von mindestens 40 Prozent beschlossen. In der Stadtratssitzung im Juli 2019 musste von der Stadtspitze eingestanden werden, „dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen."

Die Sitzung wurde begleitet von zahlreichen Protesten der Schüler*innen-Bewegung, deren Forderungen die Beschlüsse des Stadtrates beeinflusst haben. Kurz vorher wurden die Ziele den Forderungen von Friday for Future angepasst. Es soll eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Prozent (Pariser Abkommen) durch eine Reduktion der CO^2-Emissionen „angestrebt" werden, ebenso wie eine Klimaneutralität in der Stadtverwaltung. Konkrete Maßnahmen werden 2020 beschlossen.

Die LINKE LISTE wies darauf hin, dass die Zielsetzungen noch eine Reihe von schwammigen Formulierungen, wenig Konkretes und schon gar nichts Verbindliches beschreiben. Sie kritisierte auch, dass sich die Mehrheit des Stadtrates dagegen aussprach, in Nürnberg den Klimanotstand auszurufen.

Jahrelang wurde der bereits 2010 beschlossene Klimafahrplan der Stadt Nürnberg sträflich vernachlässigt. Es reicht nicht, die Bürger*innen zum Bäume gießen aufzurufen – aufgefordert wird niemand, aber gebeten! Die im Klimafahrplan bezeugte richtige Erkenntnis, dass man vor allem in der Verkehrspolitik auf den Öffentlichen Nahverkehr setzen muss und die Fahrpreise bezahlbar sein müssen, ist nicht umgesetzt worden. SPD, CSU und Grüne sind es, die Jahr für Jahr immer wieder für Fahrpreiserhöhungen stimmen. Sie haben es zu verantworten, dass Nürnberg mittlerweile unter den Städten mit den höchsten Fahrpreisen in ganz Europa rangiert.

Wenn nun die Oberbürgermeisterkandidat*innen dieser drei Parteien im bereits begonnen Wahlkampf vom Klimaschutz und Wiener Modell faseln, drängt sich die Frage auf, was davon nach der Wahl übrig bleibt.

Ökologische und soziale Verkehrswende

Die LINKE LISTE war es, die ständig das Wiener Modell mit einem Jahresticket von 365 Euro auf die Tagesordnung setzte und zwar seit 2011. Nach jahrelanger Gegenwehr haben diese Forderung nun SPD, CSU und Grüne übernommen.

Die LINKE LISTE fordert in ihrem neuen Stadtratsantrag, dass das Wiener Modell ab dem 1.1.2020 eingeführt wird und zwar ohne Ausschlusszeiten. Der Antrag wurde im September im Stadtrat behandelt. Das Ergebnis ist, dass die Fahrpreise für 2020 nicht erhöht werden und das 365-Euro-Jahresticket für Schüler*innen und Auszubildende eingeführt wird.
Das ist ein großer Erfolg – Protest lohnt sich! Es reicht uns aber nicht. Die LINKE LISTE fordert das Wiener Modell für alle und zwar jetzt!

Mittelfristig fordern wir den Nulltarif. Die Abschaffung der Tickets hat volkswirtschaftlich sehr viele Vorteile. Nürnberger*innen und Pendler*innen können mit den „Öffis" zur Arbeit fahren. Dadurch werden Staus, Unfälle, Luftverschmutzung, Feinstaub, Straßenschäden und Lärm reduziert. Statt Parkplätzen und noch mehr Straßen gibt es mehr Fläche für Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und Grünanlagen.

Messen Sie die Oberbürgerkandidat*innen daran, wie sie zum Nulltarif in der VAG stehen!

Kommunalwahlen 2020

Marion Padua kandidiert als Oberbürgermeisterin und Stadträtin für die LINKE LISTE.

*Mein ganzes Leben war bisher vom sozialen Engagement geprägt. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit als Betriebsratsvorsitzende, Alleinerziehende, Frauenrechtlerin und Mutter hat mich 2009 in den Nürnberger Stadtrat gebracht. Auch hier bringe ich die Themen ein, die viele Bürger*innen bewegen und sonst nicht zur Sprache kommen. Für das 365 Euro-VAG-Jahresticket engagiere ich mich seit vielen Jahren. Als Erzieherin in der Schülerbetreuung kenne ich die Probleme der Schul- und Bildungspolitik sehr gut.*

Schenken Sie uns Ihr Vertrauen – wählen Sie Liste 7 und mich als OB-Kandidatin – Danke schön!

Ihre Stadträtin Marion Padua

Rund ums Rathaus

Null Konzept gegen Naziaufmärsche

Stadträtin Marion Padua hat im Stadtrat beantragt, dass ein Konzept erarbeitet wird, wie mit den zunehmenden Naziaufmärschen umgegangen wird. Anlass war u. a. eine Kundgebung von faschistischen Gruppen vor der Flüchtlingsunterkunft in den ehemaligen Grundig-Türmen. Die Polizeibeamten fuhren ab, da sie „keine Gefährdung erkennen konnten". Anschließend marschierten die Nazis zum ehemaligen Reichsparteitagsgelände und zündeten Fackeln an.

Es stellt sich die Frage, warum das Ordnungsamt und die Polizei nicht in der Lage sind, solche Aufmärsche gemäß der bayerischen Versammlungsverordnung zu verhindern. Dass die Polizei Nazis mit Fackeln in der Hand vor einer Flüchtlingsunterkunft als ungefährlich einstuft ist schwer nachvollziehbar. Der Oberbürgermeister ist jedoch der Meinung, dass die bisherigen Netzwerke ausreichend seien – ein weiteres Netzwerk und Konzept wird nicht als sinnvoll erachtet.

Kulturhauptstadt

Am 24. Juli hat der Stadtrat – gegen die Stimme der LINKEN LISTE – der Finanzierung für die Bewerbung zur „Kulturhauptstadt" mit 30 Mio. zugestimmt. Gegenwärtig wird von einem Gesamtetat in Höhe von 85 Millionen Euro bis 2025 ausgegangen. Der Freistaat Bayern hat Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro für den Fall zugesagt, dass Nürnberg den Titel erhält. Die LINKE LISTE ist der Meinung, dass sich Nürnberg diesen Titel finanziell nicht leisten kann. Dieses Geld wird für Soziales fehlen. Deshalb lehnt sie die Bewerbung ab.

Die ‚Welle' hat a Gschmäggle

Der seit 2012 bestehende Verein Nürnberger Dauerwelle e. V. beabsichtigt, im Bereich Fuchsloch, seitlich der Pegnitz, einen Wellenkanal für eine „Stehende Welle" zu errichten und zu betreiben. Der geplante Neubau und Betrieb einer in den Flusslauf integrierten Wellenanlage wäre die erste und einzige ihrer Art in Deutschland.

Zur Realisierung des Konzepts geht der Verein von Gesamtkosten in Höhe von fast 1,5 Mio. Euro aus. Söder hat eine Sonder-Förderung in Höhe von 250.000 Euro in Aussicht gestellt. Nun folgt eine unverhältnismäßig hohe Finanzierung durch die Stadt Nürnberg.

Um städtische Sportfördermittel erhalten zu können, muss ein Verein acht Fördervoraussetzungen der städtischen Sportförderrichtlinien erfüllen. Die Dauerwelle erfüllt drei Punkte (noch) nicht. Trotzdem soll hier eine Ausnahme gemacht werden. Der Stadtrat bewilligte voreilig eine Förderung von 650.000 Euro. Diese Ungleichbehandlung mit anderen Sportvereinen lehnt die LINKE LISTE ab.

Sozialfonds der LINKEN LISTE

Die LINKE LISTE hat einen Sozialfonds, in dem aus den Stadtratsbezügen eingezahlt wird. Dies ist einzigartig im Nürnberger Stadtrat. Seit die LINKE LISTE im Rathaus vertreten ist, konnte vielen Menschen in schwierigen Situationen geholfen werden. Die Politik der letzten 20 Jahre hat viele Menschen an die Grenze der Armut gebracht. Viele Anträge auf Schenkung oder Darlehen wurden bewilligt, wie z. B. bei Stromsperrungen, Zwangsumzügen, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Nazianschlägen. Hier aktuelle Beispiele:

Chronisch Kranker von Krankenkasse „ausgemustert"

Herr K. leidet seit Jahren an verschiedenen körperlichen Beeinträchtigungen. Er war deswegen monatelang krankgemeldet. Bei einem Arztbesuch wegen einer weiteren nötigen Krankmeldung verweigerte der Arzt dies. Daraufhin wurde Herrn K. das Krankengeld eingestellt; er stand vor dem totalen Aus. Als Geringverdiener konnte er auch keine Rücklagen bilden, aus denen er evtl. ein Zahlungsausfall ausgleichen könnte. Erst nach seinem Einspruch bei der Krankenkasse und einem erneuten Arztbesuch bekam er die nötige Krankmeldung, auf deren er nach zwei Monaten Einnahmenausfall wieder Krankengeld erhält. Die LINKE LISTE half Herrn K. mit einem Überbrückungsgeld aus seinem Sozialfonds aus seiner Notlage.

DLL_Stadtratnews_1909_AK2.indd 3-4

26.09.19 20:28